



*Presseaussendung ZARA – Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit – Wien, 23. November 2010*

## **ZARA – Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit fordert klare Gesetze zur Bekämpfung von Rassismus im Internet und Aufklärung an Schulen**

Zur besseren Bekämpfung von Rassismus und Rechtsradikalismus im Internet fordert ZARA – Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit bei der Jahreskonferenz des Internationalen Netzwerks zur Bekämpfung von Hass im Internet (INACH) Gesetze, mit denen Verhetzung im Internet dezidiert strafrechtlich verfolgt werden kann. Mit dem Verbotsgesetz und dem Verhetzungsparagrafen habe Österreich zwar im Vergleich zu anderen Ländern zwei mehr oder weniger effektive Instrumentarien, um rassistischen Hass offline bekämpfen so ZARA – Geschäftsführerin Barbara Liegl. Zur Anwendung auf Internetfälle müssten sie allerdings erheblich verbessert werden. Vor allem, so Liegl, müssten sich die Paragraphen gegen Anstiftung zum Hass im Netz nicht nur gegen Rechtsradikalismus wenden, sondern allgemein auf rassistische Übergriffe anwendbar sein.

Seit der zunehmenden Nutzung von Web 2.0 Applikationen und sozialen Netzwerken wie Facebook zur privaten Kommunikation, haben auch Verhetzung, Aufrufe zur tätlicher Gewalt und Diskriminierungen gegen Angehörige religiöser und ethnischer Minderheiten stark zugenommen. „Leider müssen wir anhand der Meldungen rassistischer Vorfälle im Internet feststellen, dass rechtsextreme oder islamfeindliche Gruppierungen die sozialen Netzwerke immer stärker zur Rekrutierung neuer AnhängerInnen nutzen“ fasst der Leiter der ZARA-Beratungsstelle Wolfgang Zimmer seine Beobachtungen zusammen.

Um Jugendliche nicht ungeschützt der Propaganda im Internet auszusetzen, sei es nötig, ein Bewusstsein dafür zu schaffen und massive Aufklärung zu betreiben. „Viele Jugendliche sehen diese Inhalte im Netz und kennen oftmals die Symbole oder die sich hinter Propaganda versteckenden Aussagen nicht, mit denen sie da in einer Facebook-Gruppe konfrontiert werden. Und dann sind sie vor dem Computer völlig sich selbst überlassen, ob sie da mitmachen wollen oder nicht“ so Barbara Liegl. Entsprechende Trainings für LehrerInnen sollten ein integraler Bestandteil der Lehrerausbildung werden. „Solange wir auf Kooperationen mit den Internet-Service-Providern angewiesen sind, gefährdende Inhalte vom Netz zu



nehmen, ist das neben einer verbesserten Rechtslage gegen Rassismus im Netz das einzige Mittel, Jugendliche vor solchen Gruppen zu schützen und den rechten Vormarsch zu stoppen.“

*Das Script des Beitrages von ZARA-Geschäftsführerin Barbara Liegl in der Panel-Diskussion „legal boundaries or good intentions –the role of states“ der INACH-Konferenz können Sie auf [www.zara.or.at](http://www.zara.or.at) nachlesen. Videoausschnitte der Konferenz sind auf [www.ichmachpolitik.at](http://www.ichmachpolitik.at) online abrufbar.*

Rückfragehinweis: ZARA – Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit  
Claudia Schäfer  
Tel.: 01-929 13 99-18  
[presse@zara.or.at](mailto:presse@zara.or.at)  
[www.zara.or.at](http://www.zara.or.at)